

KLEINE ANFRAGE

des Abgeordneten Thomas de Jesus Fernandes, Fraktion der AfD

Umfrage zur Verbesserung der Lebenssituation von LSBTIQ-Personen in Mecklenburg-Vorpommern

und

ANTWORT

der Landesregierung

Vorbemerkung

Derzeit schreibt die Landesregierung den Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt (LAP Vielfalt) fort. Dazu wurde im aktuellen Koalitionsvertrag von SPD und DIE LINKE in Ziffer 425 vereinbart, den „Landesaktionsplan für die Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ in einem breiten Beteiligungsprozess fort[zuschreiben, ressortübergreifend [zu] begleiten [...]“. Vor diesem Hintergrund fand eine Online-Beteiligung statt, die es lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*, inter* oder queeren Menschen (LSBTIQ*) sowie Fachkräften und interessierten Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht hat, an diesem Fortschreibungsprozess zu partizipieren. Im Rahmen dieser Online-Beteiligung konnten entsprechende Vorschläge und Hinweise für den neuen LAP Vielfalt eingereicht werden.

* LSBTIQ steht für Lesben, Schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche und queere Menschen.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport informierte in einer Pressemitteilung darüber, dass im Rahmen einer vierwöchigen Umfrage Bürgerinnen und Bürger dazu aufgerufen waren, ihre Ideen zur Verbesserung der Lebenssituation von LSBTIQ*-Personen mit der Landesregierung zu teilen. „Mehr als 250 Menschen hätten hieran teilgenommen und über 1 600 Hinweise aus verschiedensten Handlungsfeldern eingereicht.“

<https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Service/Presse?id=191121&processor=processor.sa.pressemitteilung&sa.pressemitteilung.sperrfrist=alle>)

1. Wen hat die Landesregierung beauftragt, diese Umfrage durchzuführen (bitte nach Institut, Umfragemethode und Kosten der Umfrage aufführen)?

Für die Durchführung der digitalen Beteiligung wurde die Firma Rauh Research Management im Januar 2023 beauftragt. Der Kostenpunkt für die digitale Beteiligung liegt bei insgesamt 4 326,84 Euro. Die Online-Beteiligung erfolgte mit offenen Fragestellungen zu bestimmten Themenfeldern, die in der Antwort zu Frage 6 näher aufgeführt werden.

2. Nach welchen Kriterien wurden bezogen auf Frage 1 Personen ausgesucht, die sich an dieser Umfrage beteiligen?

Die Online-Beteiligung war für jede Bürgerin und jeden Bürger über einen Link frei zugänglich, der auf der Internetseite des Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Sport sowie in einer Pressemitteilung veröffentlicht wurde. Darüber hinaus wurde der Link auch über den LSVD Queer Mecklenburg-Vorpommern e. V. an queere Vereine weitergeleitet. Es wurden daher keine Personen für eine Teilnahme an dieser Umfrage „ausgesucht“.

3. Hatte jeder die Möglichkeit, sich an dieser Umfrage zu beteiligen?
Wenn nicht, warum nicht?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen.

4. Welche Fragestellungen gab es konkret (bitte einzeln nach Einleitungstexten und gestellten Fragen aufführen)?

Die Leitfragen dieser Online-Beteiligung im Einleitungstext lauteten:

- Was kann die Landesregierung tun, damit lesbische, schwule, bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche oder queere Menschen in Mecklenburg-Vorpommern ohne Angst vor Diskriminierung leben und bestehende Benachteiligungen aufgehoben werden können?
- Welche Maßnahmen kann das Land ergreifen, um mehr Akzeptanz und Selbstverständlichkeit zu ermöglichen?

Die Online-Beteiligung bestand aus den folgenden offenen Fragestellungen zu Verbesserungen der Lebenssituation von LSBTIQ* in Mecklenburg-Vorpommern die jeweils vor kurzen Themenblöcken wie beispielsweise „Ämter, Behörden und Formulare“ oder „Familienberatung und Familiengründung“ gestellt wurden:

- „Im Kern geht es darum, was das Land Mecklenburg-Vorpommern selber beschließen und umsetzen kann, um LSBTIQ* ein gleichberechtigtes Leben zu ermöglichen. Was kann die Landesregierung in den kommenden fünf Jahren tun, um bestehende Ungleichheiten und Ablehnung von LSBTIQ* in Mecklenburg-Vorpommern zu beseitigen?“
- „Was soll die Landesregierung in den folgenden Themenfeldern tun?“

5. Welche 250 Personen wurden befragt (bitte nach Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Berufsgruppe aufführen)?

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 verwiesen. Die Online-Beteiligung erfolgte anonym. Eine Abfrage von Alter, Geschlecht, Staatsangehörigkeit und Berufsgruppe erfolgte nicht.

6. Welche Hinweise wurden von den Befragten eingereicht (bitte in Kategorien zusammengefasst und nach Inhalt aufführen)?

Die Vorschläge und Hinweise konnten in den folgenden Themenfeldern abgegeben werden:

- Ämter, Behörden und Formulare,
- Arbeitswelt und berufliche Ausbildung,
- Asyl- und Flüchtlingspolitik und für geflüchtete LSBTIQ* in Mecklenburg-Vorpommern,
- Beratungslandschaft und Anlaufstellen für LSBTIQ* in den Regionen Mecklenburg-Vorpommerns,
- Demokratieförderung,
- Erinnerungskultur,

- Familiengründung und Familienberatung,
- Gesundheitsversorgung,
- Inklusion und für beeinträchtigte oder behinderte LSBTIQ*,
- Integrationspolitik und für LSBTIQ* mit Migrationshintergrund,
- Justiz, die Gerichte, die Rechtsprechung und die Opferhilfe,
- Kindertageseinrichtungen und Horte,
- Kinder- und Jugendhilfe,
- Kirchen und Religionsgemeinschaften,
- Kunst und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern,
- Landesregierung als Arbeitgeberin für ihre Bediensteten,
- Sicherheit von LSBTIQ*, die Landespolizei und die Strafverfolgung,
- Pflege und pflegebedürftige LSBTIQ*,
- rechtliche Gleichstellung und die Rechtsetzung,
- Schulen des Landes,
- Seniorinnen- und Seniorenpolitik und ältere LSBTIQ*,
- Sport und Vereine,
- Tourismus,
- Universitäten, Hochschulen und die Wissenschaft des Landes.

Das Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport erhielt während der vierwöchigen Umfrage 1 646 konkrete Hinweise und Anregungen zur Verbesserung der Lebenssituation von LSBTQ*-Personen in Mecklenburg-Vorpommern. Die eingereichten Vorschläge und Hinweise aus der Online-Beteiligung wurden dem jeweils thematisch zuständigen Ministerium ohne weitere inhaltliche Aufarbeitung zur Verfügung gestellt.

7. Hält die Landesregierung diese Umfrage für repräsentativ?
Wenn ja, warum?

Das Ziel der Online-Beteiligung war nicht, ein repräsentatives Meinungsbild einzuholen, sondern möglichst viele Anregungen und Hinweise zur Verbesserung der Lebenssituation von LSBTQ*-Personen in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten.